

Evelyne Gebhardt

Mitglied des Europäischen Parlaments

EUROPA AKTUELL

Nr. 7/2013, 27. Juni 2013

**Liebe Freunde und Freundinnen,**

was ist nur los in Europa? In der Türkei spielen sich bürgerkriegsähnliche Szenen ab. Mit brutaler Härte geht die dortige Regierung gegen friedliche Demonstranten vor und beschimpft sie obendrein noch als „Gesindel“. In Ungarn legt ein autokratischer Regierungschef systematisch die Axt an die Grundrechte der Bürger und Bürgerinnen. Berlusconi wird zum wiederholten Mal von der Justiz bescheinigt, dass er sich nicht um Recht und Gesetz schert. In Griechenland wird vom einen Moment auf den anderen das Staatsfernsehen abgeschaltet. Wir erfahren, dass amerikanische und britische Geheimdienste ungeniert und massenhaft unsere Telekommunikationsdaten ausspähen. Wo bleibt euer Aufschrei, liebe Europäer und Europäerinnen?

Demokratie und Bürgerrechte sind die größten Errungenschaften unserer Gesellschaft. Diesen Schatz müssen wir bewahren. Nein! Bewahren alleine reicht nicht. Wir müssen uns dafür einsetzen, darum kämpfen, dass dieses hohe Gut nicht in Frage gestellt wird.

Wir haben ein Recht auf die Achtung unserer Privatsphäre und lehnen die permanente Überwachung unseres Daseins ab, sei es von Geheimdiensten oder Internet Providern. Wir haben ein Recht auf Meinungsfreiheit, auf Kritik an Regierungsentscheidungen, und dazu gehört auch die Pressefreiheit als Garant der freien Information. Wir haben ein Recht auf Versammlungsfreiheit, auf ein friedliches Demonstrieren.

Europa ist eine Wertegemeinschaft, die wir uns nicht nehmen lassen dürfen, sondern mit Leben füllen müssen. Europa ist ein Ort der Demokratie, der Freiheit und des Rechts. Das scheinen Einige vergessen zu haben. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen werden sie nachdrücklich daran erinnern, das verspreche ich.

Eure

Evelyne Gebhardt: „Wir stellen den Verbraucher in den Mittelpunkt“**Europäisches Parlament beschließt Initiativen zur Stärkung von Konsumentenrechten in Europa**

Das Europäische Parlament hat die Entschließung über eine neue europäische Verbraucherschutzpolitik im Juni in Straßburg angenommen. „Wir brauchen weiterhin eine wirksame und umfassende Verbraucherschutzagenda, die existierende Ungleichheiten zwischen Konsumenten in Europa verringert“, for-

dert die Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz, Evelyne Gebhardt. „Verbraucherinteressen müssen in der Europapolitik Priorität vor Konzerninteressen haben.“

Im Mittelpunkt dieser neuen Agen-

da stehen die Sicherheit von Lebensmitteln, die Gewährleistung von Energie- und Gesundheitsversorgung sowie der Online-Verbraucherschutz. „Die Marktteilnehmer handeln immer häufiger über Grenzen hinweg, deshalb müssen bei Konflikten alternative Streitbeilegungsverfahren funktio-

NHALT**Seite 1**

- Kolumne
- Verbraucherschutzpolitik

Seite 2

- Gleichstellungspolitik
- Wasserversorgung/Konzessionsrichtlinie

Seite 3

- Bürgerinitiative „Right2Water“
- Termine

Seite 4

- Europafest
- Evelyne in den Medien
- Neues aus Europa
- Impressum



nieren“, stellt die SPD-Abgeordnete Evelyne Gebhardt fest. „Nur so kann der Gesetzgeber das Vertrauen in den digitalen Binnenmarkt stärken.“

Auf Initiative der sozialdemokratischen Fraktion wird die Europäische Kommission im Bericht insbesondere aufgefordert, unionsweite Sammelklagen zu ermöglichen. „Alternative und Online-

Streitbeilegungsverfahren können keinen kollektiven Rechtsschutz ersetzen“, fordert Evelyne Gebhardt: „Es ist höchste Zeit, dass die Kommission an dieser Stelle aktiv wird.“

Hintergrund:

Am 22. Mai 2012 hat die Europäische Kommission als Folge der „Verbraucherpolitischen Strategie

der EU 2007-2013“ die „Europäische Verbraucheragenda“ veröffentlicht. Diese sieht Verbraucherinitiativen für den Zeitraum zwischen 2014 und 2020 vor. Der Bericht über eine neue europäische Agenda der Verbraucherschutzpolitik ist eine Antwort des Europaparlaments auf den Kommissionstext. ■

Mehr Wachstum durch bessere Arbeitsmarktintegration von Frauen

Im Gegensatz zur deutschen Regierung hat das Europäische Parlament längst erkannt, dass die rigide Sparpolitik in Europa die Finanz- und Wirtschaftskrise noch weiter vertieft. Die Völkervertretung Europas setzt auf Wirtschaftswachstum und weiß - ebenfalls im Gegensatz zur deutschen Regierung -, dass eine bessere Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt für das Erreichen von Wachstumszielen unabdingbar ist.

In der vergangenen Plenarsitzungswoche hat das Europäische Parlament deshalb mit 400 zu 219 Stimmen eine Resolution zur Verbesserung der ausbildungsbezogenen und beruflichen Mobilität von Frauen in der Europäischen Union verabschiedet.

Gerade bei der beruflichen Mobilität bestehen bedeutsame geschlechterspezifische Unterschiede. Allein schon, weil Männer für einen Arbeitsplatz weitaus häufiger den Wohnsitz wechseln als Frauen (M: 44%; F: 27%), während Frauen häufiger einen Einschnitt in ihrer

beruflichen Laufbahn in Verbindung mit einem Wohnsitzwechsel über große Entfernungen hinnehmen müssen, um ihrem Partner zu folgen.

Außerdem werden Frauen bei einem Wohnsitzwechsel ins Ausland für eine Erwerbstätigkeit im Bereich der Haushaltshilfe, Kinderbetreuung, Betreuung von Menschen mit Behinderung oder Altenpflege häufig ohne Vertrag beschäftigt. Oder sie arbeiten illegal und verfügen dementsprechend über keinerlei Rechte oder Ansprüche auf Sozialversicherungsschutz, auf Gesundheitsversorgung oder eine angemessene Rente. Solche gesellschaftlichen Auswüchse ebnen die Feminisierung von Armut.

Für eine Verbesserung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt benötigen wir deshalb bereichsübergreifende Lösungen, zu denen lebenslanges Lernen, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs-, Familien- und Privatleben, insbesondere für alleinerziehende Mütter, und die Bekämpfung prekärer

Arbeitsverhältnisse gehören. Wir müssen Arbeitsverhältnisse mit Zugang zu einem öffentlichen Gesundheitssystem, einem System der sozialen Sicherheit sowie einer auf Wunsch der betroffenen Frauen differenzierten Arbeitsorganisation fördern und umsetzen.

Die Resolution umfasst insgesamt 63 Forderungen, darunter die bessere Übertragung von Versorgungsansprüchen, die bessere Einbeziehung der Gleichheit der Geschlechter in Tarifvereinbarungen durch die Förderung des Rechts auf flexible Arbeitszeit, Kinderbetreuungseinrichtungen und Mentoring von Arbeitnehmerinnen und die Abschaffung von Steuervorteilen, die Frauen an den häuslichen Herd ketten.

Der Text der Resolution ist abrufbar unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2013-0247&language=DE&ring=A7-2013-0164> ■

Evelyne Gebhardt

Evelyne Gebhardt und Peter Simon: „Wasser bleibt Allgemeingut!“

Wasserversorgung endgültig von der Konzessionsrichtlinie ausgenommen

Seit vorgestern steht fest: Erfolg auf ganzer Linie beim Kampf ums Wasser. Nach Binnenmarktkommissar Michel Barnier sind nun auch die Verhandlungsführer des Minister-

rats und des Europäischen Parlaments bereit, der Forderung der Sozialdemokraten nachzukommen, die öffentliche Wasserversorgung vollständig aus der geplanten Ge-

setzung zur Konzessionsvergabe herauszunehmen. Dies wird am Donnerstag in einer Ratsarbeitsgruppensitzung noch formell bestätigt. „Die Bürger und Bürgerinnen



können endlich aufatmen: Die bewährte Wasserversorgung bleibt in öffentlicher Hand und sichert damit ein hohes Maß an Qualität und Bezahlbarkeit“, begrüßen die Sozialdemokraten Evelyne Gebhardt und Peter Simon die Entscheidung.

„Der einzigartige Schulterschluss von Sozialdemokraten und Bürgern wie etwa den über 1.5 Millionen Unterstützern der Europäischen Bürgerinitiative „right2water“ hat Wirkung gezeigt. Den Sorgen und Ängsten der Bürger und Bürgerinnen musste Rechnung getragen werden“, unterstreicht Evelyne Gebhardt, Sprecherin der Sozialdemokraten für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament. „Das war der Lackmustest für dieses neue Instrument der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene und wir haben gemeinsam

mit den Bürgerinnen und Bürgern Erfolg gehabt: Goliath wurde in die Schranken gewiesen“, betont Peter Simon, Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschusses des Europäischen Parlaments.

Hintergrund:

Im Januar wurde die Richtlinie zur Vergabe von Konzessionen im zuständigen Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz abgestimmt. In den anschließenden Trilogverhandlungen zwischen EU-Parlament, -Kommission und Rat gab es Diskussionen über die Frage der Wasserversorgung. Am 25. Juni haben die Verhandlungsführer nun vereinbart, dass der Wassersektor nicht Bestandteil der Richtlinie zur Konzessionsvergabe sein soll. ■



Evelyne Gebhardt gratuliert dem Vizepräsidenten des Bürgerkomitees der Initiative Right2Water, Jan Willem Goudriaan, am 12. Juni in Straßburg zu deren großartigem Erfolg. Sie selbst hat die Europäische Bürgerinitiative bereits im Sommer 2012 unterzeichnet. Mit mittlerweile 1,75 Millionen gesammelten Unterschriften hat das Bündnis aus Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen bereits lange vor Ablauf der Frist die für den Erfolg einer Europäischen Bürgerinitiative notwendigen Quoren erreicht. Offiziell wollen die Organisatoren die Unterschriften Anfang September der Europäischen Kommission übergeben.

Foto: Tim Zajontz

TERMINE

■ 28. Juni 2013, 10.25 Uhr

Was? Vorlesen und Diskussion mit SchülerInnen

Wo? Schulzentrum, Blaufelden

■ 29. Juni 2013, 12.00 Uhr

Was? SPD-Fachbeirat Europa

Wo? Hotel Anne-Sophie, Künzelsau

■ 29. Juni 2013, 14.00 Uhr

Was? EUROPAFEST

Wo? Keltergasse 47, Künzelsau

■ 30. Juni 2013, 11.00 Uhr

Was? 4. Weltkinderfest Hohenlohe

Wo? Bahnpark, Kupferzell

■ 30. Juni 2013, 14.00 Uhr

Was? Juso-Landesdelegiertenkonferenz

Wo? Gemeindehalle, Ludwigsburg-Neckarweiningen

■ 2. Juli 2013, 12.00 Uhr

Was? Besuchergruppe Hohenlohe-Gymnasium Öhringen

Wo? Europäisches Parlament, Straßburg

■ 4. Juli 2013, 19.30 Uhr

Was? 65. Jubiläum Kreisverband Karlsruhe der Europa-Union

Wo? Schloss, Karlsruhe

■ 5. Juli 2013, 19.00 Uhr

Was? Vortrag beim FrauenRat Nürtingen

Wo? Stadthalle, Nürtingen

■ 6. Juli 2013, 12.00 Uhr

Was? Landesversammlung der Europa-Union

Wo? Hotel Bonjour, Gerlingen

■ 12. Juli 2013, 15.30 Uhr

Was? Gespräch beim THW-Ortsverband Künzelsau

Wo? Gewinn Wald 2, Künzelsau

■ 12. Juli 2013, 18.30 Uhr

Was? Mitgliederversammlung der SPD Neckar-Odenwald

Wo? Landgasthof „Zur Pfalz“, Elztal-Dallau



Großer Bahnhof bei Evelyne Gebhardt

Europaabgeordnete erwartet viel politische Prominenz bei ihrem Europafest

Bei ihrem diesjährigen Europafest erwartet Evelyne Gebhardt wieder viel politische und gesellschaftliche Prominenz aus dem ganzen Land. Neben dem Hauptredner Gernot Erler, Spitzenkandidat der Südwest-SPD bei der Bundestagswahl, werden auch die Spitzenkandidatin und Generalsekretärin der SPD Baden-Württemberg, Katja Mast, und Europaminister Peter Friedrich zu Gast sein. Ebenso haben die Landesbezirksleiterin der Dienst-

leistungsgewerkschaft ver.di, Leni Breymaier, die Bundestagsabgeordneten Annette Sawade und Josip Juratović sowie der Schwäbisch Haller Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim ihr Kommen angekündigt.

Das Fest findet zwischen 14 und 18 Uhr in der Keltergasse 47 in Künzelsau statt. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. Für das leibliche Wohl ist gesorgt. ■

Evelyne in den Medien

Homepage:

www.evelyne-gebhardt.eu

Facebook:

www.facebook.com/pages/Evelyne-Gebhardt/253121031481890

Youtube:

www.youtube.com/channel/UCzxU2536xTonD8BwNCN3Hqg

Wortmeldungen im Plenum als Video:

www.europarl.europa.eu/ep-live/de/plenary/search-by-speaker/results?speakerId=1913

NEUES AUS EUROPA

EINIGUNG ZWISCHEN EU-INSTITUTIONEN:

Ökologischere Landwirtschaftspolitik

Vertreter des Europäischen Parlaments, des Ministerrates und der Kommission haben am Mittwoch nach langen Verhandlungen die Ausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für 2014 bis 2020 festgelegt. Die neue Landwirtschaftspolitik der EU setzt ökologische Impulse für Landwirte wie Industrie.

In Zukunft werden 30 Prozent der Direktzahlungen, die ein Landwirt erhält, an die Einhaltung von Umweltauflagen gekoppelt. Dazu ge-

hört die Bereitstellung von 5 Prozent ökologischer Vorrangfläche. Außerdem konnte sich das Europäische Parlament mit seiner Forderung durchsetzen, dass zukünftig nur noch aktive Landwirte Gelder aus dem Brüsseler Agrartopf erhalten. Die Förderung von Flughäfen, Golfplätzen und ähnlichen agrarfremden Unternehmen wird so ausgeschlossen.

SPD-Agrarexpertin Ulrike Rodust übt jedoch auch Kritik. So sei etwa das Ziel einer Vereinfachung der

GAP nicht erreicht worden.

Die Fraktionen des Europäischen Parlaments werden den vorliegenden Kompromiss nun prüfen und auswerten. Eine Schlussabstimmung im Plenum wird es voraussichtlich nicht vor Oktober geben.

Mehr unter: <http://www.ulrike-rodust.de/index.php?mod=article&op=show&nr=13796> ■

NEUES FÖRDERPROGRAMM „ERASMUS+“:

Mehr junge Leute ins europäische Ausland

Auslandsaufenthalte von Schülern, Studenten oder Lehrlingen sollen stärker gefördert werden. Vertreter von Rat und Europaparlament einigten sich gestern auf Kernpunkte des neuen EU-Programms „Erasmus+“. Im Zeitraum 2014 bis 2020 sollen dafür rund 16 Milliarden Euro zur Verfügung stehen.

Mit dem Programm soll in den nächsten sieben Jahren mehr als vier Millionen jungen Menschen ermöglicht werden, Teile ihrer Ausbildung im

Ausland zu verbringen - fast doppelt so viele wie bisher. In „Erasmus+“ sollen bestehende Förderprogramme wie „Erasmus“, „Leonardo da Vinci“ und „Comenius“ gebündelt werden.

Damit das Programm starten kann, muss allerdings der Mehrjährige Finanzrahmen der EU stehen, auf den sich Parlament und Rat noch nicht geeinigt haben.

Mehr Informationen unter:

<http://eu2013.ie/de/nachrichten/news-items/20130625erasmusfeaturede/> ■

IMPRESSUM

Redaktion: Evelyne Gebhardt
und Frederick Wunderle

Europabüro

Keltergasse 47
74653 Künzelsau

Tel.: 07940 59122

Fax: 07940 59144

egebhardt.MdEP@t-online.de

Europäisches Parlament

60, rue Wiertz
B-1047 Brüssel

Tel.: 00 32 – 22 84 – 74 66

Fax: 00 32 – 22 84 – 94 66

evelyne.gebhardt@europarl.europa.eu

Bild-Einklinker Kopfbereich:

Copyright PHOTO © European Union